



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

8. November 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute schauen wir alle mit mindestens einem Auge in die **USA: Es ist Wahltag** und die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob erstmals eine Frau die USA führt. Eine erfreuliche Nachricht, die jetzt schon feststeht: Damit geht dieser unangenehme Wahlkampf zu Ende. Für weitere Vorhersagen ist es zu früh. Leider sind die Umfragen zu knapp, um den Ausgang der Wahl sicher zu kennen. Wer übrigens Informationen direkt von einem Hessen haben möchte: Mein Kollege Jens Zimmermann aus unserem Nachbarwahlkreis ist als OSZE-Wahlbeobachter live dabei und berichtet auch auf seinem [Facebook-Account](#) aus Washington D.C.!

Und noch ein außenpolitisches Thema beschäftigt uns: Die politisch motivierten Festnahmen von demokratisch gewählten Abgeordneten der Opposition sowie kritischen Journalisten haben die **Lage in der Türkei** nochmals verschärft. Sie sind ein weiterer Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat dort. Auch die aktuelle Diskussion über eine Wiedereinführung der Todesstrafe steht unseren europäischen Grundwerten entgegen. Würde sie eingeführt, würde ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union unmöglich.

Im Bundestag beraten wir diese Woche unter anderem über die Verlängerung des **Anti-Terror-Einsatzes gegen den IS**. Außerdem sollen Bundeswehrbewerber künftig durch den MAD **sicherheitsüberprüft** werden. So wollen wir verhindern, dass potenzielle Terroristen und andere Kriminelle die Bundeswehr als Ausbildungseinrichtung missbrauchen. Wir stimmen außerdem ab über Änderungen im **Arzneimittelgesetz** (siehe Seite 3) und über die Maßnahmen zur **Förderung des deutschen Films**. Auch Verbesserungen für von den **sinkenden Milchpreisen** betroffene Bauern stehen auf der Tagesordnung. Daneben werden die Koalitionsspitzen morgen Abend über noch **offene Punkte aus dem Koalitionsvertrag bei der Rente** beraten, z.B. die Angleichung von Ostrenten an Westniveau, die solidarische Lebensleistungsrente sowie eine bessere Erwerbsminderungsrente. Und gestern hat die SPD-Fraktion ihren **Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz** vorgestellt. Dazu schreibe ich etwas ausführlicher auf der nächsten Seite dieses Newsletters.

Soviel von hier – ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

+++ Einladung +++

Gerät unsere Demokratie unter Druck?

Folgt man den Umfragen und Medienberichten, dann haben Bürgerinnen und Bürger schon seit geraumer Zeit ein distanzierteres Verhältnis zu politischen Parteien.

Was kann man tun gegen die sinkende Wahlbeteiligung? Wie verhindern wir, dass Protestparteien immer mehr Zulauf bekommen? Woher kommt Politikverdrossenheit und wie kann man wieder mehr Menschen für Politik interessieren?

Das will der SPD-Unterbezirk Darmstadt-Dieburg **am Mittwoch, dem 16. November, um 19 Uhr mit der Generalsekretärin der hessischen SPD, Nancy Faeser, diskutieren.**

Sie sind herzlich eingeladen!

Kulturzentrum Glöckelchen,
Angelstraße 18, 64864 Groß-Zimmern

Euse / Ihre Brigitte Zypries



+++ Veranstaltungstipp +++

Filmabend zur Waldkunst

Der 8. internationale Waldkunstpfad ist vorüber und hat viele Menschen erfreut. Jetzt gilt es, die noch vorhandene Finanzierungslücke zu schließen. Dazu soll ein Filmabend beitragen:

Filmabend zur Waldkunst am Donnerstag, 10. November um 19 Uhr (Einlass ab 18.30) **im Saal des Rathauses Eberstadt, Oberstraße 11. Eintritt ist frei, Spenden sind gern gesehen!**

Gezeigt werden 10 Kurzfilme vom diesjährigen Waldkunstpfad von Hans Peter Wollmann (zusammen 40 Minuten) und zwei Filme von Hans Sachsse über den Entstehungsprozess zweier Kunstwerke (20 Minuten). Kuratorin Ute Ritschel ergänzt die Vorführungen mit Erläuterungen zur Waldkunst – und es gibt eine Überraschung.

Kommen Sie zahlreich, der Verein für internationale Waldkunst freut sich!

SPD-Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz

20 % der deutschen Bevölkerung sind Menschen mit Migrationshintergrund. **Wir sind ein Einwanderungsland – das ist ganz einfach eine Tatsache.** Einwanderer haben in den 60er Jahren am deutschen Wirtschaftswunder mitgearbeitet und tragen seither zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei. Auch Politik, Kultur und Gesellschaft haben sie in den vergangenen Jahrzehnten mitgestaltet. **Einwanderung hat unser Land offener, vielfältiger und lebenswerter gemacht. Und wir werden auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen sein.**

Schon in den nächsten zehn Jahren wird Deutschland wegen des demografischen Wandels über sechs Millionen Erwerbstätige verlieren. Trotzdem müssen wir unsere Renten sichern und die Betriebe brauchen Nachwuchs – ganz besonders in den ländlichen Regionen, die schon heute Schwierigkeiten haben, junge, gut ausgebildete Menschen zu finden. Natürlich: **An erster Stelle steht weiterhin das Ziel, die hier lebenden Arbeitskräfte gut aus- und weiterzubilden.** Frauen, ältere Arbeitnehmer, Migrantinnen und Migranten – es gibt viele Bevölkerungsgruppen, deren bessere Einbindung in den Arbeitsmarkt uns wichtiges Anliegen ist. Und wir wollen die bei uns an den Hochschulen ausgebildeten Fachleute motivieren, hier zu bleiben. Nur: Alle diese Bemühungen werden nicht ausreichen – **Deutschland wird langfristig darauf angewiesen sein, dass gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen.**

Deshalb finden wir: **Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz.** Die Regeln, die heute bestehen, sind so unverständlich und undurchsichtig, dass hochqualifizierte Menschen davon abgehalten werden, es bei uns zu versuchen. Wenn wir – wie es zum Beispiel Kanada oder Australien tun können – **unter den klügsten Köpfen weltweit unsere neuen Arbeitskräfte auswählen** wollen, brauchen wir **ein Gesetz mit klaren, verständlichen, fairen Regeln.** Wir möchten ein **Punktesystem nach kanadischem Vorbild** einführen, so dass sich Menschen, die nicht aus der EU kommen, direkt mit ihren Qualifikationen auf einem Internetportal des Arbeitsministeriums bewerben können. Kriterien wie Alter, Ausbildung und Sprachkenntnisse werden abgefragt und für jedes Kriterium werden Punkte vergeben. Je mehr Punkte jemand erreicht, umso besser die Chancen auf eine Arbeitserlaubnis. Wie viele Personen einwandern dürfen, soll dann der Bundestag jedes Jahr neu festlegen. So kann man die Einwanderung **an die tatsächlichen Bedürfnisse am Arbeitsmarkt anpassen.** [Hier](#) und [hier](#) steht genau erklärt, wie das neue Einwanderungsgesetz funktionieren soll. Und es gibt auch ein [Erklärvideo](#) dazu!

Übrigens: **Die Regelungen zum Asylrecht werden davon nicht berührt.** Politisch Verfolgte haben natürlich auch weiterhin Anspruch auf Asyl.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:

Thomas Ecke/Berlin (S. 2.)
Lina Kramer (S. 3)

Abstimmung über umstrittene Arzneimittelnovelle

Gleich an zwei Tagen beschäftigen wir uns diese Woche mit dem „Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“. Das Gesetz regelt die Genehmigung und Überwachung von klinischen Prüfungen. Durch eine EU-Verordnung sind Anpassungen im Arzneimittelgesetz nötig geworden. Klingt ein bisschen sperrig, ist aber spannend – und die Diskussion ist kontrovers. Kernpunkt dabei ist, dass das Gesetz **erweiterte Möglichkeiten für Arzneimittelstudien an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen** vorsieht.

Bisher ist es so: Klinische Forschung ist bei Nichteinwilligungsfähigen, also etwa bei Demenzkranken, nur dann erlaubt, wenn die Probanden selber einen unmittelbaren Nutzen davon haben. In dem Gesetzentwurf ist jetzt vorgesehen, auch die sogenannte „gruppennützige“ Forschung zuzulassen: Forschung also, die nicht dem einzelnen Patienten hilft, sondern der Gruppe derjenigen, die dieselbe Krankheit haben. Das kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn Demenzkranke in einem späten Krankheitsstadium in die Forschung einbezogen werden, obwohl absehbar ist, dass bei Ihnen die Krankheit zu weit fortgeschritten ist, als dass man sie noch aufhalten könnte. **Unbedingte Voraussetzung für diese gruppennützige Forschung ist, dass der Betroffene vorher, als er noch einwilligungsfähig war, mittels Patientenverfügung einer Teilnahme zugestimmt hat.**

Der Gesetzentwurf soll ein Kompromiss sein zwischen der auf EU-Ebene angestrebten Liberalisierung und dem grundsätzlichen Verbot, das bisher bei uns galt. Wegen der grausamen Forschungsexperimente in der Nazizeit ist Deutschland sehr vorsichtig im Umgang mit dieser Frage. Bei der letzten Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss, die es zu dem Thema gab, waren sich die Rechts-, Ethik- und Gesundheitsexperten weitgehend einig, dass die strengen Regelungen, die wir in Deutschland haben, einen Missbrauch unwahrscheinlich machen.

Zu diesem Gesetz stehen **drei Änderungsanträge** zur Abstimmung. Um diese Anträge wird es am Mittwochmittag gehen. Ein Antrag möchte es bei der bisher geltenden, restriktiven Regelung belassen, die beiden anderen unterstützen die Änderung, sofern es (in einem Fall optional, im anderen Fall verpflichtend) ärztliche Beratung bei der vorherigen Einwilligung gab. **Weil das eine Gewissensentscheidung ist, ist der sogenannte „Fraktionszwang“ bei der namentlichen Abstimmung aufgehoben.** Am Freitagmittag wird dann über den gesamten Gesetzentwurf abgestimmt. Wer sich ausführlicher mit dem Thema auseinandersetzen möchte, kann die Sitzungen wie immer live oder nachträglich auf bundestag.de oder im Parlamentsfernsehen verfolgen oder sich die Aufzeichnung der besagten [Expertenanhörung](#) ansehen!